

**AKTUELL NOTIERT**

**Blair stellt Abzug britischer Irak-Truppen in Aussicht**



**Zu Besuch in der nahe Basra gelegenen Nachschub-Basis Schai-ba: Tony Blair.** —FOTO: AP

BASRA (rtr). Großbritanniens Premierminister Tony Blair hat den britischen Soldaten in Irak bei einem Überraschungsbesuch gestern einen Abzugsbeginn in einem halben Jahr in Aussicht gestellt. Zuvor müssten die irakischen Sicherheitskräfte jedoch in die Lage versetzt werden, eigenständig für Ruhe und Ordnung in dem Land zu sorgen, sagte Blair auf der Militärbasis in Südirak. Auf die Frage, ob sechs Monate ein realisierbarer Zeitplan für einen Abzugsbeginn seien, antwortete er: „Wenn alles nach Plan läuft. Wir möchten unsere Truppenstärke herunterschrauben, das ist unsere Strategie.“ Es gehe darum, dem Land zu helfen.

**HEUTE**

**Chinesen Marktführer bei Schmuggelzigaretten** —Seite 3

**Geschenkgutscheine können ihre Tücken haben** —Wirtschaft

**Twist wie der „Pianist“: Polanskis Dickens-Film** —Kultur

**FCK-Protest gegen Pokalaus Nerlinger beendet Karriere** —Sport

**Verdacht gegen Kuseler DRK-Mitarbeiter** —Südwest

**Spanien: Milliarden-Segen von Weihnachtslotterie** —Zeitgeschehen

**Vierter Gewinner von Grüner Hausnummer aus Pirmasens** —Ratgeber Bauen und Wohnen

**BÖRSEN**

|                  |           |             |
|------------------|-----------|-------------|
| Dax              | 5398,28   | ↑ (+1,05)   |
| Schlusskurs      |           |             |
| Dow Jones        | 10.889,44 | ↑ (+55,71)  |
| 16 Uhr, New York |           |             |
| Euro             | 1,1875 \$ |             |
| 16 Uhr, New York |           | ↑ (+0,0038) |

**DAS WETTER**

|    |    |    |     |
|----|----|----|-----|
| 5° | 6° | 4° | 1°  |
| FR | SA | SO | MO  |
| 2° | 2° | 0° | -3° |

**RHEINPFALZ ONLINE**

DIE RHEINPFALZ  
im Internet  
www.rheinpfalz.de



## Jung: Bundeswehr-Kontingent in Afghanistan wird nicht erhöht

Verteidigungsminister in Kabul – Stocken Niederländer Truppe auf?

► BERLIN/KABUL (ap/afp). Trotz des angekündigten Abzugs von US-Soldaten aus Afghanistan will Bundesverteidigungsminister Franz Josef Jung die Zahl der Bundeswehrsoldaten in dem Land nicht erhöhen. Demgegenüber sprach sich gestern die niederländische Regierung für eine Aufstockung ihrer Truppen aus: So soll verhindert werden, dass nach einem Teilabzug der US-Truppen Sicherheitslücken entstehen.

Es bleibe beim derzeitigen Bundeswehr-Kontingent, sagte Jung gestern während seines Besuchs bei den deutschen Soldaten in Kabul. Da die Bundeswehr künftig die Verantwortung für den Norden Afghanistans übernehmen, würden aber Truppen aus Kabul verlagert. Die USA wollen sich auf den Süden Afghanistans konzentrieren.

Die Bundeswehr stellt mit rund 2500 Soldaten das größte Kontingent für die internationale Friedensmission

in Afghanistan (Isaf). Außer in Kabul sind Bundeswehreinheiten als Wiederaufbauteams in Kundus und Faisabad stationiert. Bis Ende 2006 sollen nach Auskunft von Jungs Sprecher 1850 Bundeswehrsoldaten in die nördlichen Regionen Masar-i-Sharif, Kundus und Faisabad verlegt werden, während nur 500 Soldaten in Kabul bleiben. 150 Soldaten blieben weiterhin im Versorgungslager Termes in Usbekistan, hieß es weiter.

Der amerikanische Verteidigungsminister Rumsfeld betonte während eines Besuchs des US-Luftwaffenstützpunkts Bagram, die USA fühlten sich weiterhin dem Kampf gegen Taliban-Kämpfer und Al-Qaida-Terroristen in Afghanistan verpflichtet. Ein zu schneller Abzug der Soldaten würde das Vorgehen gegen Terroristen torpe-

dieren, betonte Rumsfeld. Washington will die Zahl seiner Soldaten in Afghanistan in den kommenden Monaten von 19.000 auf rund 16.000 verringern.

Die niederländische Regierung sprach sich gestern für die Entsendung von rund 1400 Soldaten in den unsicheren Süden Afghanistans aus. Die Regierung will aber vor einer endgültigen Entscheidung die Zustimmung des Parlaments einholen. Es ist keineswegs sicher, dass sich die Abgeordneten für die zusätzliche Truppenstationierung aussprechen. Bis jetzt sind rund 600 Soldaten stationiert. An sich wäre die Beteiligung des Parlaments nicht notwendig, aber angesichts von Geheimdienstberichten über eine mögliche Gefährdung der Soldaten durch Taliban-Kämpfer möchte die niederländische Regierung eine breite Unterstützung.

## Schuldenerlass für 19 ärmste Länder

Internationaler Währungsfonds verzichtet auf 2,8 Milliarden Euro

► WASHINGTON (kna). Der Internationale Währungsfonds (IWF) wird zu Jahresbeginn 19 der 20 ärmsten Staaten alle Schulden in Höhe von rund 2,8 Milliarden Euro erlassen.

Nach der Entscheidung der Exekutivdirektoren in Washington am Mittwoch (Ortszeit) gilt der Erlass unter anderem für Äthiopien, Bolivien, Niger, Ruanda, Uganda und Sambia. Mauretanien, dem eine Stundung seiner IWF-Schulden ebenfalls in Aussicht gestellt wurde, muss noch nachweisen, dass die eingesparten Gelder für die Armutsbekämpfung verwendet werden. Bilaterale Schulden zwischen Staaten sind von dem Erlass nicht betroffen.

Die Entscheidung geht auf eine Initiative der sieben führenden Industriestaaten und Russlands (G-8) zurück, die im Juli ihren Gipfel im schottischen Gleneagles abhielten. IWF-Chef Rato äußerte sich stolz darüber, dass die Streichung der Schulden so schnell umgesetzt werden konnte. Es fehlten lediglich noch die Zusagen von sieben der 43 Staaten, die sich an einem Entschuldungs-Fonds beteiligen wollten. Sie würden in der nächsten Woche erwartet. Der IWF finanziert den Schuldenerlass teilweise aus Goldverkäufen. Durch die Entschuldung könnten die betroffenen Staaten stärker in die Bekämpfung von Armut oder Kindersterblichkeit investieren, ,

sagte Rato. Der IWF verhandle derzeit über den Schuldenerlass für weitere Staaten.

Die Hilfsorganisation Oxfam begrüßte das Ergebnis: „Der nächste Schritt ist der Schuldenerlass für mehr als 60 Ländern, die die Mittel auch dringend zur Armutsbekämpfung brauchen.“ Dem 1945 gegründeten Währungsfonds gehören 184 Mitgliedsstaaten an. Er versteht sich als zentrale Institution zur Sicherung der weltweiten Finanzzusammenarbeit und wirtschaftlicher Stabilität.

Auch die Weltbank und die afrikanische Entwicklungsbank wollen noch in diesem Jahr über einen Schuldenerlass entscheiden.

## Streik legt New York lahm



**Der Streik im New Yorker Nahverkehr hat gestern den Ausstand beendet und die Tarifverhandlungen mit den Nahverkehrsbetrieben wieder aufgenommen. Ungeachtet eines Gesetzes, das ihnen Streiks verbietet, hatte die Gewerkschaft die Arbeiter am Dienstag zur Arbeitsniederlegung aufgefordert, nachdem der Tarifvertrag für die 33.000 Beschäftigten der Verkehrsbetriebe ausgelaufen war.** (rhp/Foto: ap)

## Schäuble: Guantánamo schadet Image der USA

Innenminister will Teilnahme an Ausbildungslagern unter Strafe stellen, sieht aber rechtliche Probleme



**Für die fast vier Jahre währende Internierung von Terrorverdächtigen in Guantánamo stehen die USA international in der Kritik.** —FOTO: AFP

► BERLIN (ap). Bundesinnenminister Schäuble hat das US-Gefangenenlager Guantánamo scharf kritisiert. Es schade dem Image der USA, betonte der Minister. Er selbst habe schon bei seinem ersten USA-Besuch nach dem 11. September 2001 gesagt, dass er eine überzeugende Begründung für Guantánamo nicht kenne und dafür werben würde, es aufzulösen.

Schäuble sagte weiter, er halte es für „schwer vermittelbar, wenn man sagt, dass man internationales Recht achtet und im Rahmen der eigenen Gesetze handelt, dann aber eine solche Einrichtung außerhalb des Einwirkungs- und Kontrollbereichs amerikanischer Gerichte schafft“.

Die Teilnahme an Ausbildungslagern für Terroristen soll nach dem

Willen von Schäuble künftig unter Strafe gestellt werden. Der Minister räumte allerdings ein, dass das Ganze „rechtlich schwierig zu fassen“ sei. Er habe Justizministerin Brigitte Zypries (SPD) zur Zusammenarbeit aufgefordert, sagte der CDU-Politiker der „Rheinischen Post“. „In der Koalitionsvereinbarung steht, dass wir die Strafbarkeit prüfen wollen – natürlich mit dem Ziel, sie einzuführen.“

Die Vorsitzende der Grünen-Bundestagsfraktion, Renate Künast, verteidigte unterdessen das Verhalten des früheren Außenministers Fischer gegenüber fragwürdigen US-Praktiken im Anti-Terror-Kampf. Es gebe „keinen Anhaltspunkt dafür, dass er einen Fehler gemacht hat“, sagte Künast dem „Tagesspiegel“. Fischer habe Vorgänge wie in Guantánamo oder dem

Bagdader Gefängnis Abu Ghraib in vielen Begegnungen mit US-Vertretern und auch öffentlich immer sehr deutlich kritisiert“, betonte Künast, und das zu einer Zeit, „als Union und FDP uns noch für jedes kritische Wort gegenüber der Bush-Regierung beschimpften und die transatlantische Freundschaft beschworen“ hätten.

Der Präsident des Bundeskriminalamts, Ziercke, sprach sich im „Focus“ dafür aus, auch erpresste Geständnisse von Terrorverdächtigen zu verwenden. „Wir können nicht Informationen zurückweisen, von denen wir nicht ganz sicher sein können, ob sie unter vollkommenen rechtsstaatlichen Bedingungen erlangt worden sind.“ Schließlich gelte es, „kapitale Terrorakte zu verhindern“. Dafür müsse man „alles Menschenmögliche“ tun.

## Vaterschaft schützt vor Ausweisung

► KARLSRUHE (rtr). Ausländische Väter deutscher Kinder dürfen nicht ohne weiteres abgeschoben werden. Behörden und Gerichte müssten bei Entscheidungen über das Bleiberecht die familiären Bindungen in Deutschland angemessen berücksichtigen, urteilte das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe gestern. Der Verweis auf eine nicht mehr bestehende Ehe reiche als Abschiebegründung nicht aus. Dem Urteil lag der Prozess eines aus dem Kosovo stammenden Vaters zu Grunde, der seit 1999 in der Bundesrepublik lebt. Das Verfassungsgericht erklärte die Abschiebung mit Verweis auf den Grundgesetz garantierten Schutz für Familien für falsch. Der Mann treffe er sich alle zwei Wochen mit seinem Kind und telefoniere regelmäßig mit dem Mädchen, hieß es in der Urteilsbegründung. (Aktenzeichen: 2 BvR 1001/04)

**ZWISCHEN RHEIN UND SAAR**

## Science-Fiction-Physik zum Greifen nah

Wissensspaß bei Weihnachtsvorlesung der Fachhochschule Zweibrücken

► ZWEIBRÜCKEN (abb). Eine Weihnachtsvorlesung, die Information und Unterhaltung kombiniert. Diese Idee wird seit 1996 an der Fachhochschule Zweibrücken von Hubert Zitt, Dozent im Fachbereich Informatik und Mikrosystemtechnik und bekennender Star-Trek-Fan, umgesetzt. Der 42-Jährige stammt aus dem Saarland, hat dort auch studiert und das Projekt sozusagen in die Pfalz importiert. Am Mittwochabend stand die Vorlesung ganz im Zeichen von Albert Einstein – ohne den es kein Raumschiff Enterprise gegeben hätte. Zu Gast war außerdem eine Delegation der zweiten Science-Fiction-Kulturreihe Star Wars: „Möge der Spaß mit Dir sein“, lautete die Botschaft an die Fans. —Südwest



**Vor Star Trek und Einstein stand bei Hubert Zitt (Zweiter von links) am Mittwochabend Star Wars an – einschließlich einer auf die Leinwand projizierten Fotomontage von Angela Merkel als „Jedi-Ritterin“.** —FOTO: STEINMETZ



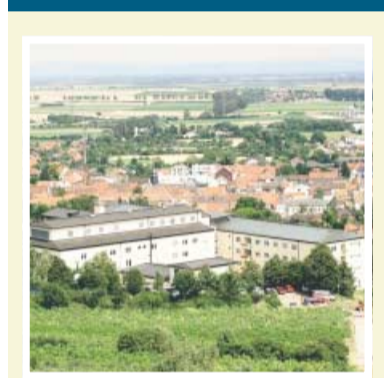
03.EZW

## ZWISCHEN RHEIN UND SAAR

## Prozess zu Eifersuchtsdrama unter Jugendlichen eröffnet

BADEN-BADEN / FRANKENTHAL (tb). Anklage wegen Mordes hat die Staatsanwaltschaft vor der Jugendkammer des Landgerichts Baden-Baden gegen den jungen Mann erhoben, der am 30. März in Frankenthal einen 17-jährigen niedergestochen haben soll. Der zur Tatzeit 16-jährige Angeklagte habe die Tat aus Eifersucht begangen, teilte die Staatsanwaltschaft gestern auf Anfrage mit. Der Prozess werde, da es sich um eine Jugendstrafsache handele, nicht öffentlich geführt. Bisher sei nur die Anklage verlesen worden, verhandelt werde an voraussichtlich zwei Terminen im Januar. Der Prozess finde in Baden-Baden statt, da der Angeklagte hier seinen Wohnsitz habe. Dies sei bei Jugendstrafsachen gesetzlich so festgelegt. Die Pressestelle des Gerichts war gestern nicht zu erreichen. Die Mutter des Opfers kritisierte gestern gegenüber der RHEINPFALZ, sie sei nicht über den Verhandlungsbeginn informiert worden. Sie wurde jedoch mittlerweile, wie ihre Anwältin später mitteilte, für die Hauptverhandlung vom Richter zugelassen. Da es sich um Jugendstrafrecht handele, sei eine Nebenklage – bei der automatisch über den Prozess informiert wird – nicht vorgesehen. Der Täter hatte am 30. März den 17-jährigen vor dessen Wohnhaus in Frankenthal abgepasst. Er habe vermutet, dass dieser der eigentliche Vater des Kindes seiner Lebenspartnerin war. Er habe ihm nur einen Denkzettel verpassen wollen, sagte er in seinem Geständnis.

## PFALZ KOMPAKT



**Millionen für Krankenhaus.** Mit 9,7 Millionen Euro unterstützt das Mainzer Gesundheitsministerium weitere Neu- und Umbauten am Kreiskrankenhauses Grünstadt. Die Mittel stünden allerdings unter dem Vorbehalt, dass Geld im Landeshaushalt in den nächsten Jahren vorhanden ist, teilte die Kreisverwaltung Bad Dürkheim gestern mit. Die erste Rate von einer Million Euro sei vom Ministerium bereits bewilligt worden. Geplant ist unter anderem ein Neubau für die OP-Abteilung, der Umbau der Intensivstation sowie die Erweiterung der Notaufnahme. Der Landkreis bezifferte die Investitionskosten auf insgesamt 11,2 Millionen Euro. Die Eigenmittel des Krankenhauses aus Rückstellungen betragen 1,5 Millionen. Baubeginn soll Ende März/Anfang April 2006 sein. (swz/Archivfoto: Schmitt)

**750 000 Euro Brandschaden.** Die Lagerhalle einer Heizungsbaufirma im Stadtinneren von Kandell (Kreis Gernsheim) brannte gestern morgen aus noch ungeklärter Ursache völlig aus. Personen kamen nicht zu Schaden, der Sachschaden beträgt laut Polizei rund 750.000 Euro. Der Geschäftsführer entdeckte den Brand gegen 5 Uhr und alarmierte selbst die Feuerwehr. Fünf von drei Firmenwagen konnte er selbst noch aus der brennenden Halle retten, die eventuell abgerissen und neu aufgebaut werden muss. (tn)

**Klage eingereicht.** Gegen die Zurückweisung ihres Widerspruchs gegen die luftrechtliche Genehmigung des Ramsteiner Air-Base-Ausbaus durch die Wehrbereichsverwaltung West hat – nach der Gemeinde Hütchenhausen – nun auch die Verbandsgemeinde Ramstein-Miesenbach (beide Kreis Kaiserslautern) zur Wahrung von Fristen vorsorglich Klage beim Verwaltungsgericht Neustadt eingereicht. Die Wehrbereichsverwaltung war nach der Prüfung des Widerspruchs zum Ergebnis gelangt, dass weder Rechte der Verbandsgemeinde noch der Ortsgemeinde verletzt würden und die Genehmigung vom 11. Juni 2003 rechtmäßig sei. Ob die Kommunen ihre Klage aufrecht erhalten werden, hängt davon ab, wie ihr Gutachter die Erfolgsaussichten beurteilt. Diese Frage wird derzeit noch geprüft. (oef)

## HEIT SCHUNN GELACHT?

Politiker: „Erst nach meinem Tod wird mir die Wahrheit in der mich erfahren.“ – Fraktionskolleg: „Na, dann biste wenigstens in Sicherheit!“ (waw)

## IM BLICKPUNKT

## Ohne Einstein keine Enterprise

Wie die Physik Star Trek beeinflusst – Eine Zweibrücker Weihnachtsvorlesung

Eine Vorlesung der besonderen Art gibt es seit 1996 immer zu Weihnachten an der Fachhochschule (FH) Zweibrücken. Denn Hubert Zitt ist nicht nur Dozent im Fachbereich Informatik und Mikrosystemtechnik, sondern auch Fan von Star Trek, der Science-Fiction-TV- und Kinoserie mit Kultstatus. Und was liegt da näher, als wissenschaftliche und pseudowissenschaftliche Erklärungen für das zu liefern, was mit und auf der Enterprise geschieht. Am Mittwochabend war es im großen Hörsaal der FH wieder so weit.

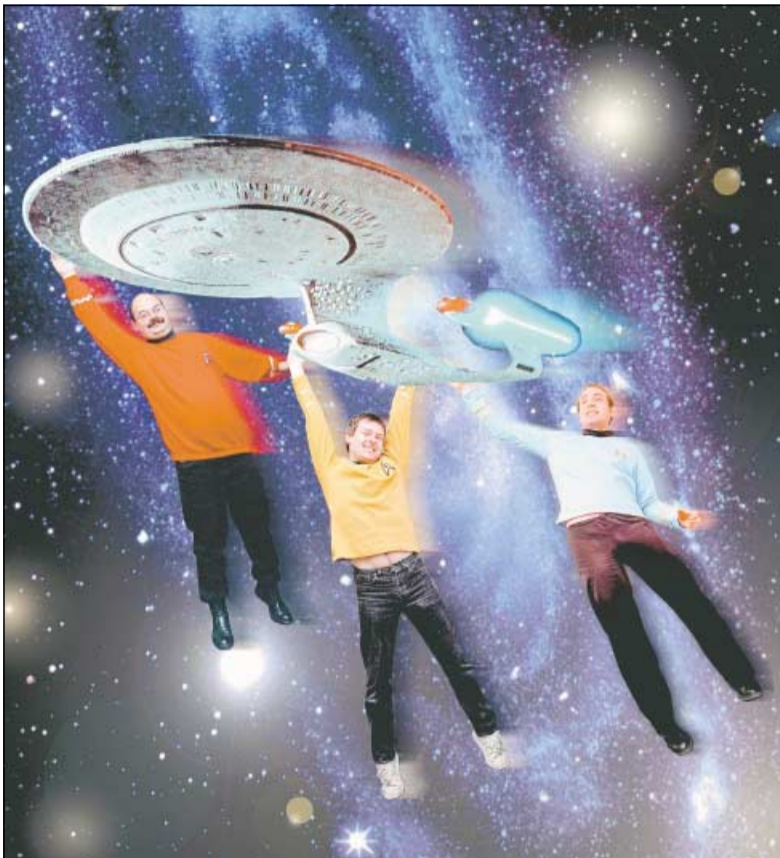
VON UNSERER REDAKTEURIN ANKE HERBERT

„Volle Energie!“ Wie oft haben die Captains der U.S.S. Enterprise diesen Befehl gegeben. Und wie schnell machte sich das Raumschiff der Planetenföderation mittels Impuls- und später Warpanttrieb dann stets auf, um neue Welten zu entdecken. „Das wird halt nicht jedes Mal gezeigt“, meint dazu Experte Hubert Zitt. Denn nach seinen Berechnungen dauert es knapp zwei Stunden, bis die Enterprise auf nahezu Lichtgeschwindigkeit gebracht ist.

Die Berechnungen des bekennenden Trekkies Zitt („Ich bin schon Fan, aber kein Verbissener“) stammen nicht von ungefähr, sondern basieren auf der Relativitätstheorie Albert Einsteins. Wie viel Einstein in Star Trek steckt, war im Einstein-Jahr denn auch das Thema der jüngsten Weihnachtsvorlesung an der FH Zweibrücken. Und um noch schnell aus einem anderen Science-Fiction-Kult, aus Star Wars, zu „zitierten“: Der Wunsch „Möge der Spaß mit Dir sein“ erfüllte sich für die knapp 500 Zuhörer im proppvollen Audimax.

Doch zurück zum Impulsantrieb. Immerhin beschleunigt die Enterprise schon seit 1966 dank eines Materie/Antimaterie-Reaktorystems und der dabei vollzogenen Umwandlung von Materie in Energie. „Das war eine Vision, erst heute weiß man, dass es Antimaterie gibt“, erinnert Zitt an die Herstellung von elf Antimaterie-Atomen 1996. Gleichzeitig macht er Vergleichsrechnungen auf Einsteinscher Grundlage auf. Wie jene, dass die Raumschiffstanks in etwa so viel Energie speichern können (und müssen), wie es braucht, um Deutschland 19.000 Jahre lang mit Strom zu versorgen.

Einstein verbirgt sich zudem in weiterer Star-Trek-Technik. Tarnvorrichtung, Schutzschild, Traktorstrahl – alles nur möglich wegen seiner Lehre, dass Masse den Raum und damit die Raumzeit beeinflusst,



Volle Energie für die Zweibrücker Trekkies (von links): Manfred Strauß, Hubert Zitt und Markus Groß samt Enterprise. —FOTOMONTAGE: STEINMETZ

indem sie diese krümmt. Beherrscht man die Gravitation wie in Star Trek, sind auch Raum und Raumzeit beeinflussbar. Ohne die Erkenntnisse des großen Physikers hätte die Enterprise also nie funktionieren und ihre Technik nicht weiterentwickelt werden können. Womit das Raumschiff auch Beweis für eine These wäre, die der britische Physiker Stephen Hawking aufgestellt hat: „Science Fiction erweitert die menschliche Vorstellungskraft.“

Was übrigens nicht nur für die Technik gilt, wie Hubert Zitt und seinen Kollegen von der „Starfleet Academy FH Zweibrücken“ – Manfred Strauß (multimedialer Erlebnisvorlesungs-Techniker) und Markus Groß (humanoider Universalübersetzer) – belegen: Der Kampf Einsteins für Menschenrechte und gegen Diskriminierung wird in Star Trek fortgesetzt. Oder wussten Sie etwa, dass die erste Reihe 1966 zunächst unbesetzt werden musste, weil ein weiblicher Lieutenant für das US-amerikanische Publikum undenkbar war? Und dass die erste filmische „Lippenbegegnung“ zwischen einem Weißen (Captain Kirk) und einer Schwarzen (Lieutenant Uhura) mit einer geistigen Verwirrung Kirks aufgrund feindlicher Einflüsse begründet werden musste?

Doch wie in Star Trek werden solche ernste Gedankengänge auch in Zweibrücken von viel Humor durchbrochen. Immerhin ist nicht jeden Tag die Geschichte vom „Struwelwädel“ zu hören, zu der ein riesiger Plastik-Darth-Vader – der böse Ex-Jedi-Ritter aus Star Wars – die Bühne zielt. Ganz zu schweigen von getürkten Filmsequenzen mit Zitt als Captain Kirk im Dialog mit dem Klingonen Worf. Dass diese authentisch wirken, ist Zitts guten Kontakten zur Trekkie-Szene zu verdanken: Die auf Zweibrücken zugeschnittenen Texte des Klingonen werden tatsächlich von dessen deutscher Synchronstimme (Raimund Krone) gesprochen.

Am Ende der gut fünfständigen Veranstaltung bleibt nur das zu wünschen, was dem Vulkanier Spock stets am Herzen lag: „Live long and prosper“, gern übersetzt mit „Leben Sie lange und in Wohlstand“. Erste Reihe zumindest soll für an den Uni-Kliniken Homburg betreute herzkranken Kinder gelten. Ihnen kommt eine Spende von über 1500 Euro zu Gute, die aus der Versteigerung eines gestifteten Star-Wars-Helms sowie einer Sammlung unter Professoren und Zuhörern der Weihnachtsvorlesung stammen.

## Zur WM längere Öffnungszeiten

Mainz: Ausnahmen möglich

► MAINZ (swz). Die rheinland-pfälzische Landesregierung will während der Zeit der Fußball-Weltmeisterschaft im kommenden Jahr Ausnahmen von den Ladenschlüssen im Land gewähren. Die Kommunen hätten die Aufgabe, den Bedarf für zusätzliche Öffnungszeiten der Ladengeschäfte zu ermitteln und entsprechende Anträge zu stellen, teilte die Mainzer Sozialministerin Malu Dreyer gestern mit. Wegen der während der WM zu erwartenden großen Besucherströme aus dem In- und Ausland bestehe bundesweit ein besonderes Bedürfnis, die Öffnungszeiten zu verlängern. Zuständig für die Genehmigungen von Ausnahmeanträgen sei die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion in Trier.

## Mertin sieht sich nicht als „Ober-Schiedsrichter“

Justizminister will Staatsanwaltschaft Kaiserslautern in Hafem-Affäre keine Weisung erteilen

► MAINZ (wif). Die Fronten sind starr: Während CDU und Grüne in der Ludwigshafener Hafem-Affäre Justizminister Herbert Mertin (FDP) Unfähigkeit und Desinteresse vorwerfen, verweist dieser auf den Grundsatz, dass die Politik nicht in ein laufendes Verfahren eingreifen dürfe.

Anlass für den Streit, der gestern in einer von der CDU beantragten Sondersitzung des Rechtsausschusses in eine weitere Runde ging, ist die Entlassung der zwei Hauptverdächtigen aus der Untersuchungshaft, ohne dass nach einjähriger Ermittlungsarbeit eine Anklageschrift der Staatsanwaltschaft Kaiserslautern vorliegt. Mertin wies gestern darauf hin, dass die Freilassung des Ex-Hafendirektors Sigurd

## Vier Inhaftierte nach Entführung

Junge Männer als Täter im Fall des Lambrechter Speditors in Verdacht

► GÖPPINGER/LAMBRECHT (boe). Nach der Entführung eines Lambrechter Speditors (wir berichteten gestern) sind nach einem als Drahtzieher verdächtigten 42-jährigen inzwischen auch die drei mutmaßlichen Entführer in Haft.

Wie die Göppinger Polizei und die Staatsanwaltschaft Ulm gestern mitteilten, handelt es sich dabei um drei junge Männer im Alter von 17, 19 und 22 Jahren. Der älteste sei bereits am späten Mittwochnachmittag an seiner Arbeitsstelle in der Göppinger Innenstadt festgenommen worden. In den nächsten Stunden sei ein Spezialeinsatzkommando in die Wohnung beziehungsweise in die Arbeitsstelle der beiden anderen eingedrungen. Sie hätten

ebenfalls bereits zumindest Teilgeständnisse abgelegt.

Demnach soll der 42-jährige Besitzer eines Sexshops, in dem der Lambrechter über Nacht eingesperrt worden war, die drei Männer „gebeten“ haben, „mit einigem Nachdruck“ angeblich ausstehende Schulden bei dem Lambrechter einzutreiben. Sie hätten den Spediteur daraufhin mit einer Schreckschusswaffe, einem Teleskopschlagstock und Pfefferspray bedroht und verschleppt. Zur Entlohnung sei ihnen ein Bruchteil der angeblich ausstehenden Summe versprochen worden. Während der Lambrechter diese Summe auf 30.000 Euro bezifferte, denen aber Forderungen seines Arbeitgebers an den Sexshop-Inhaber in größerer Höhe gegenüber stünden, haben

## DRK-Mitarbeiter in Kusel unter Verdacht

Anonyme Anzeige: Verbilligte Dienst-Pkw verkauft

► KUSEL (ba). Der Kuseler Kreisverband des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) soll Autos mit starken Rabatten für wohltätige Organisationen gekauft und an Mitarbeiter weiter veräußert haben. Die Gewinne habe ein ehemaliger Mitarbeiter eingestrichen. Diesen Vorwürfen – formuliert in einer anonymen Anzeige – geht zurzeit die Staatsanwaltschaft Kaiserslautern nach.

„Ein Bürger“ teilte der Staatsanwaltschaft mit, es habe beim DRK massive Verfehlungen gegeben, für die möglicherweise der Vorstand Verantwortung tragen müsse. Der Hauptvorwurf bezieht sich auf den Handel mit verbilligten Personenwagen. Es habe beim DRK eine Liste gegeben mit Leuten, die bereits solche Wagen bekommen hätten, und eine andere mit Leuten, die noch in diesen Genuss kommen sollten. Auf diesen Listen hätten auch Personen des öffentlichen Lebens gestanden – die in der Anzeige allerdings nicht genannt wurden.

Nach RHEINPFALZ-Informationen soll es für DRK-Mitarbeiter möglich gewesen sein, Autos genau nach ihren Wünschen zu bestellen. Die Fahrzeuge seien mit einem Rabatt von bis zu 30 Prozent vom DRK gekauft und nach drei oder sechs Monaten an die

Interessenten weiter verkauft worden. Auch habe der Hauptverdächtige sich während seiner Tätigkeit für das DRK dreimal selbst befördert und dadurch insgesamt 81.000 Euro zu viel kassiert.

In der Strafanzeige heißt es auch, dass Familienangehörige des ehemaligen Mitarbeiters auf der Gehaltsliste des DRK gestanden hätten, obwohl sie nicht für dieses tätig gewesen seien. Und sie hätten Wagen des DRK ständig oder zumindest zeitweise benutzt. Um die Verfehlungen zu vertuschen, so schließt das anonyme Schreiben, habe sich das DRK gütlich von dem Mann getrennt.

Zu diesen Vorwürfen wollte sich der Vorsitzende des DRK-Kreisverbands, Landrat Winfried Hirschberger, auf Anfrage der RHEINPFALZ nicht äußern. Als Arbeitgeber dürfe er dies nicht. Von der Anzeige und den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft wisse er nichts. Wie Leitender Oberstaatsanwalt Helmut Bleh (Kaiserslautern) erläuterte, gehe man auch anonymen Anzeigen nach, wenn diese glaubwürdig erschienen. Derzeit seien die Unterlagen bei der Polizei, das Ermittlungsverfahren laufe.

## Blanke Nerven im Kameradschafts-Prozess

Staatsanwalt lässt Zeugen im Gericht festnehmen

► KOBLENZ (kad). Statt der in Aussicht gestellten Urteile im Prozess gegen fünf Mitglieder der rechtsextremen „Kameradschaft Westerwald“ gab es gestern eine Festnahme. Staatsanwalt Walter Schmengler ließ einen 25-jährigen Zeugen im Gerichtssaal vorläufig verhaften.

Er sehe dringenden Taterdacht auf Falschausgabe und versuchte Strafverleitelung, sagte Schmengler. Vorausgegangen waren Zeugenbefragungen zu einer Schlägerei an einer Tankstelle, in die eines der Kameradschaftsmitglieder verwickelt war. Die Aussagen waren widersprüchlich. Richter Hans-Georg Göttingen hatte sowohl den Angeklagten als auch die Zeugen nachdrücklich auf ihre Wahrheitspflicht hingewiesen. „Hören sie auf zu taktieren, sondern sagen sie ganz schlicht die Wahrheit.“ Mutmaßlich waren Zeugen von der Familie dieses Angeklagten in ihrer Aussage beeinflusst worden. Der Angeklagte selbst hatte

offenkundig große Gedächtnislücken. Die Schlägerei ist nur ein Nebenaspekt in der Anklage, deren wesentliche Punkte – wie zuletzt am 6. Dezember berichtet – die Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung und schwerer Landfriedensbruch sind.

Eigentlich hatten sich Staatsanwaltschaft, Verteidiger und die Staatschutzkammer bereits am Montag auf mögliche Strafmaße und auf den gestrigen zusätzlichen Verhandlungstag verständigt, um noch vor Weihnachten zu Urteilen zu kommen – und das Verfahren mit mehr als 100 Zeugen abzukürzen. Das hätte – so war am Rande zu hören – für zwei der vier in Untersuchungshaft sitzenden Angeklagten bedeutet, das Fest zu Hause verbringen. Sie werden voraussichtlich mit Bewährungsstrafen davon kommen, ebenso wie der frühere NPD-Direktorkandidat bei der Bundestagswahl, der ebenfalls angeklagt, aber auf freiem Fuß ist. Nun könnten am Mittwoch Urteile fallen, hieß es.

## Koli-Bakterien in Weichkäse-Sorten

Ministerium warnt

► MAINZ (swz). Das Mainzer Umweltministerium warnt vor dem Verzehr bestimmter französischer Weichkäse-Sorten mit der ovalen Kontrollnummer 50.267.01, da er mit gesundheitsgefährdenden EHEC-Kolibakterien verunreinigt sein könne. Es handle sich um Käse der Marken Reo, Reaux, Laiterie du Val d'Ay, Le Gaslonde sowie weiterer Produkte mit der erwähnten Veterinärkontrollnummer. Betroffen sei auch als „Beurre cru“ etikettierter Butter der Marke „Le Gaslonde“. Entsprechende Ware sei auch nach Rheinland-Pfalz gelangt, die Rückrufaktion der Molkerei Val d'Ay laufe. Durch die Erreger könne es zu Magen-Darm-Störungen, blutigen Durchfällen und Nierenversagen kommen.

## EINWURF

## IM ZICK-ZACK

► In der Hafem-Affäre hat die Opposition ein Wahlkampfthema entdeckt. Doch punkten konnte sie damit noch nicht. Vor allem die Grünen haben einen merkwürdigen Zick-Zack-Kurs eingeschlagen: Im Herbst noch hatten sie Angst, eine zu frühe Anklage könne erforderliche Ermittlungen unterbinden, jetzt kann es ihnen mit der Anklage nicht schnell genug gehen. Vorige Woche argwöhnten sie, der Staatsanwaltschaft in Kaiserslautern fehle Personal, gestern dazu kein Wort mehr. Auf Bundesebene fordern sie die Abschaffung des Weisungsrechts gegenüber der Staatsanwaltschaft, in Rheinland-Pfalz aber wünschen sie sich, dass der Minister stärker auf die Ermittler einwirkt. Überzeugend ist das nicht. (wif)



Herbert Mertin

klageerhebung möglicherweise Akten und Dateien nicht vollständig ausgewertet werden könnten. Den Vorwurf der Oppositionsfraktionen, Mertin hätte seine Fachaufsicht über die Staatsanwaltschaft deutlich stärker wahrnehmen müssen, konterte der Minister

Mertin. Die Haltung der Staatsanwaltschaft bezeichneter als „rechtlich vertretbar“.

Verwundert zeigte sich der Minister über die Kehrtwende der Grünen, die noch im September befürchtet hatten, dass bei einer schnellen Anklageerhebung möglicherweise Akten und Dateien nicht vollständig ausgewertet werden könnten. Den Vorwurf der Oppositionsfraktionen, Mertin hätte seine Fachaufsicht über die Staatsanwaltschaft deutlich stärker wahrnehmen müssen, konterte der Minister

mit den Worten, dass eine Weisung zur Anklageerhebung ihm den Vorwurf der politischen Einflussnahme eingebracht hätte. „Eine politische Justiz hat in einem Rechtsstaat aber nichts zu suchen“, so Mertin. Überdies sei es nicht seine Aufgabe, den „Ober-Schiedsrichter“ zu spielen.

Der Grünen-Abgeordnete Bernhard Braun warf dem Minister vor, Angriffsbewusstsein falsch zu verstehen. Auch die Grünen wünschten sich keine politische Justiz, doch habe Mertin alles andere als offensiv die Aufklärung des Falls betrieben. Christian Baldauf (CDU) bemängelte, Mertin habe sehenden Auges die Freilassung Kunkels in Kauf genommen und sich vor der Verantwortung gedrückt. (Archivfoto: View) —Einwurf